

SALZBURGER
JAHRBUCH
FÜR POLITIK
2020

böhlau

Herausgeber:
CHRISTIAN DIRNINGER / REINHARD HEINISCH
ROBERT KRIECHBAUMER / FRANZ WIESER



Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger ·
Hubert Weinberger

Band 72/2

Wissenschaftlicher Beirat des Salzburger Jahrbuchs für Politik:

Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs, Universität Salzburg
Mag. Ernestine Berger, Institut für Grundlagenforschung
Univ.-Prof. Dr. Christian Dirninger, Universität Salzburg
Dr. Franz Fallend, Universität Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Heinisch, Universität Salzburg
Karl Kern, ORF-Landesstudio Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Andreas Koch, Universität Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Robert Kriechbaumer, Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek
Dr. Günther Marchner, ConSalis e. Gen.
Dr. Armin Mühlböck, Universität Salzburg
Dr. Markus Pausch, FH Salzburg
Chefredakteur Manfred Perterer, Salzburger Nachrichten
Univ.-Prof. Dr. Walter Scherrer, Universität Salzburg
Mag. Stefan Wally, Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Mag. Franz Wieser MBA, Landes-Medienzentrum Salzburg

SALZBURGER JAHRBUCH FÜR POLITIK 2020

Herausgeber

Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser

Wissenschaftliche Redaktion
Franz Fallend und Armin Mühlböck

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Zeltgasse 1, A-1080 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Walter Pichler

Korrektorat: Philipp Rissel, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-21154-9

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
ARMIN MÜHLBÖCK Gemeindewahlen in Salzburg. Die Wahlen im Jahr 2019 mit einem Rückblick auf die Entwicklungen in der 2. Republik	9
MARTIN DOLEZAL/VIKTORIA ANNA JANSESBERGER Im Schatten der Bundespolitik. Die Nationalratswahl 2019 in Salzburg . . .	64
FRANZ FALLEND Europawahlen als „Nebenwahlen“. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 in Salzburg im historischen Vergleich	93
HERBERT DACHS „Das Hemd näher als der Rock?“ Über Beziehungen der Salzburger ÖVP zur Bundespartei	129
ROBERT HUBER/ERIC MIKLIN Aus Fehlern gelernt? Das Verhältnis zwischen den FPÖ-Landesgruppen und der Bundespartei im Vergleich Schwarz-Blau und Türkis-Blau	149
GÜNTHER PENETZDORFER Mobilitätsentwicklungen. Verkehrspolitik und neue Mobilitätskonzepte im Zentralraum Salzburg	176
BIRGIT BAHTIĆ-KUNRATH Dem Gegenwind trotzen. Integrationspolitik in Salzburg 2013–2019	205
ANDREAS KOCH Wohnen in der Stadt Salzburg. Zum Verhältnis der Wohnung als Ware und dem Wohnen als soziale Infrastruktur	232
MARKUS PAUSCH Der Widerstand gegen die 380-kV-Leitung in Salzburg	270

KURT LUGER

Das „gefühlte“ Zuviel. Tourismuspolitische Überlegungen, um
„Overtourism“ in der Stadt Salzburg zu begegnen 290

PETER SALHOFER/HEINZ P. WASSERMANN

„Millionen für den/die/wen ...?“ Rahmenbedingungen, Theorie
und – am Beispiel Salzburg – Praxis des Medientransparenzgesetzes 2011
im Zeitraum 2013 bis 2018 313

Chronik 346

AutorInnen 351

Vorwort der Herausgeber

Gesellschaft und Politik sind dem sich ständig beschleunigenden Wandel und der damit drohenden Unübersichtlichkeit, auf denen das ganze Spektrum unserer Aufmerksamkeit und Aufnahmebereitschaft – von der emotionalen Betroffenheit über die selektive Wahrnehmung bis zum weitgehenden Desinteresse – basiert, unterworfen. Das reflexive Innehalten, die Bereitschaft zur Analyse jenseits der im medialen Dschungel dominierenden Schlagzeilen, ist angesichts der dominanten Instant-Ideologie eine zentrale Aufgabe der Politikwissenschaft. Für Salzburg gilt, wie für alle Bundesländer, dass die politikwissenschaftliche Analyse das Spannungsfeld zwischen regionaler Besonderheit und Wirkmächtigkeit der österreichischen und europäischen Entwicklung zu berücksichtigen hat.

In einem ersten, den Wahlgängen des Jahres 2019 gewidmeten, Block wird dieses einerseits von Besonderheiten, andererseits von Wechselwirkungen gekennzeichnete Spannungsfeld am Beispiel der Gemeindewahlen, der Nationalratswahl und der Europawahl analysiert. Die regionalpolitische Position von Parteien ist stets auch von bundespolitischen

(Koalitions-)Konstellationen geprägt. Befinden sich Landes- und Bundespartei in jeweils unterschiedlichen Koalitionen oder in der gegensätzlichen Rolle der Regierungs- oder Oppositionspartei, welchen Einfluss üben starke Bundesparteiobmänner (im Fall der hier untersuchten Parteien ÖVP und FPÖ Wolfgang Schüssel, Sebastian Kurz, Jörg Haider, Heinz-Christian Strache) auf das (innerparteiliche) Verhalten der Landespartei aus, gibt es im Spannungsverhältnis zwischen Bundes- und Landespartei aus Fehlern der Vergangenheit resultierende politische Lernprozesse usw., all diesen Fragen widmen sich die beiden anschließenden Beiträge über die ÖVP und FPÖ.

Wenngleich auch bundes- und EU-politische Themen, so stellen angesichts des hohen Anteils von Immigranten, der Attraktivität des Zentralraums sowie des touristischen Angebots und seiner weltweiten Vermarktung die Themen Integrationspolitik, Wohnen und Wohnungspolitik sowie der viel beklagte „Overtourism“ spezifisch landespolitische Problemfelder dar, die die lokalpolitische Berichterstattung der letzten Jahre ebenso dominierten wie das emotional hoch besetzte Thema der 380-kV-Leitung. Diesen vier Themen ist daher der dritte Abschnitt der Beiträge gewidmet.

Den Abschluss bildet das medienpolitische sensible Thema des Medientransparenzgesetzes, dessen Auswirkungen in Salzburg unter Berücksichtigung der bundespolitischen Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2018 untersucht wird.

Die Herausgeber bedanken sich bei allen AutorInnen, die sich wiederum der Mühe unterzogen haben, die ihnen vom Wissenschaftlichen Beirat des Salzburger Jahrbuchs für Politik gestellten Themen einer analytischen Betrachtung zu unterziehen. Ihr ganz besonderer Dank gilt dem Redaktionskomitee Franz Falend und Armin Mühlböck, die wiederum die keineswegs immer leichte Aufgabe auf sich nahmen, die einlangenden Beiträge mit ihrem kritischen Blick zu redigieren. Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder.

Salzburg, Juli 2020
Christian Dirninger
Robert Kriechbaumer

Reinhard Heinisch
Franz Wieser

ARMIN MÜHLBÖCK

Gemeindewahlen in Salzburg

Die Wahlen im Jahr 2019 mit einem Rückblick auf die Entwicklungen in der 2. Republik

1. EINLEITUNG

Am 10.3.2019 fanden im Bundesland Salzburg die 15. Gemeindevertretungswahlen der 2. Republik statt. Geht es um Gemeindewahlen, geht es nicht nur um eine Wahl. Es geht, wie im Falle des Bundeslandes Salzburg, um 119 Wahlen und dabei um 119 jeweils eigenständige und spannende Geschichten. Nimmt man die Direktwahl der BürgermeisterInnen noch hinzu, die ja einen eigenständigen Wahlgang darstellt, kann sogar von 238 Wahlen an einem Tag die Rede sein. Bei Nationalratswahlen können im Land Salzburg 11 Mandate erzielt werden (von österreichweit 183), wobei bis dato maximal 10 zugewiesen werden konnten (im Jahr 2002). Wird der Salzburger Landtag gewählt, geht es um 36 Sitze im Landesparlament. Wenn die SalzburgerInnen zu den Gemeindewahlen gerufen werden, geht es um ganz andere Dimensionen: 2.134 Mandate waren es, die bei den Wahlen zur Gemeindevertretung¹ im Jahr 2019 zu vergeben waren. Die Anzahl der Mandate ist gekoppelt an die Bevölkerungszahl. Das führte dazu, dass 2019 im ganzen Land um insgesamt 18 Mandate mehr als 2014 zu holen waren. Das Plus an Mandaten ergab sich einzig und allein aufgrund eines Bevölkerungszuwachses in Flachgauer und Tennengauer Gemeinden (+18 Mandate). Innergebirg blieb der Mandatsstand hingegen unverändert (Pinzgau +2/Pongau -2/Lungau +/-0).²

Im vorliegenden Beitrag werden zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Gemeindewahl im Jahr 2019 thematisiert (Kapitel 2). Bei dieser Gelegenheit

1 Das oberste Beschlussorgan der Gemeinde heißt nach § 6 Abs. 1 der Salzburger Gemeindeordnung (GdO) 2019 in Salzburger Landgemeinden „Gemeindevertretung“ (= „Gemeindeparlament“), in anderen Bundesländern und auch in der Stadt Salzburg ist dieses Gemeindeorgan als „Gemeinderat“ bezeichnet.

2 Land Salzburg/Referat Landesstatistik (2019). Gemeindewahlen 2019 Teile I und II: Gemeindevertretungswahlen und Bürgermeisterwahlen. Abgerufen am 25.6.2020 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/gvw/download/GVW-2019.pdf>; Gemeindebund (2020). Wissenswertes über unsere Bürgermeister/innen. Abgerufen am 25.6.2020 unter <https://gemeindebund.at/unsere-buergermeister-innen/>.

werden auch die bei BürgermeisterInnenwahlen relevanten Aspekte Amtsbonus (bei der BürgermeisterInnenwahl), Häufigkeit von Stichwahlen und Stimmensplittung zwischen Gemeindevertretungs- und BürgermeisterInnenwahl angesprochen. Zudem wird das Thema der Frauen in der Kommunalpolitik aufgeworfen. Bei der Besprechung der Ergebnisse der Gemeindewahl im Jahr 2019 werden die Vorgänge in der Stadt Salzburg in einem eigenen Abschnitt dargestellt. Um die Ergebnisse bei den letzten Gemeindewahlen besser einordnen zu können, erfolgt die Aufbereitung und Diskussion der Stimmen- und Mandatsanteile der Parteien bei Gemeindewahlen im Bundesland Salzburg seit 1949 (Kapitel 3). Besonders beachtet werden dabei die Machtverhältnisse in den Gemeinden und wie sich, je nach Fokus auf dem Stimmen- oder Mandatsanteil, unterschiedliche Bilder ergeben können. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien in der Stadt Salzburg wird wieder in einem eigenen Abschnitt beschrieben. Unter anderem wird dabei auch die Verankerung insbesondere von ÖVP und SPÖ in den Wahlbezirken der Stadt thematisiert und welche Veränderungen sich im Laufe der Zeit und vor allem bei den letzten Wahlen hinsichtlich der Partei-Hochburgen ergaben. Die Wahlbeteiligung bei Gemeindewahlen, die immer wieder Anlass für Diskussionen war – nicht nur in Salzburg oder ganz Österreich, sondern auch im internationalen Umfeld – wird in Kapitel 4 analysiert. Dabei werden zunächst die Partizipationsraten in den Salzburger Landgemeinden (ohne die Stadt Salzburg) untersucht. Nach der Aufbereitung der Entwicklung der Wahlbeteiligung erfolgt die Darstellung von Erklärungsansätzen für die Höhe der Wahlbeteiligung anhand zweier zentraler Faktoren, der Größe der Gemeinde (=Anzahl der Wahlberechtigten) und dem Grad gesellschaftlicher Heterogenität in sozioökonomischer Hinsicht. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Gemeindewahlen in der Stadt Salzburg wird wieder in einem eigenen Abschnitt beschrieben. Das Kapitel über die Wahlbeteiligung schließt mit einer Gegenüberstellung der Partizipationsraten bei Gemeindewahlen mit Landtags- und Nationalratswahlen. Mit der zusammenfassenden Darstellung aller Inhalte in Kapitel 5 wird der Beitrag über die Salzburger Gemeindewahlen finalisiert.

2. DIE GEMEINDEWAHLEN IM JAHR 2019

2.1 Allgemeines

Die SalzburgerInnen wurden in der 2. Republik erstmalig im Jahr 1949 zu einer Gemeindewahl aufgerufen, während die erste Landtagswahl bereits 1945 abgehalten wurde. Die Gemeindewahlen und Landtagswahlen fanden nur bei vier Wahlgängen, in den Jahren 1954, 1999, 2004 und 2009 zu gleichen Termi-

nen statt. Seit der vorgezogenen Wahl zum Salzburger Landtag im Jahr 2013, in Folge der durch den Finanzskandal ausgelösten Regierungskrise, fanden Gemeindewahlen und Landtagswahlen nicht nur an unterschiedlichen Terminen, sondern auch um ein Jahr versetzt statt. Hinzu kommt, dass die Gemeindewahlen in Stadt und Land Salzburg bis 1999 zu unterschiedlichen Zeitpunkten und nicht in ein und demselben Jahr abgehalten wurden. Der Grund ist, dass in der Stadt bis 1957 eine nur vierjährige Amtsperiode galt, während diese in Landgemeinden immer schon fünf Jahre andauerte. Erst im Jahr 1999 erfolgte die Zusammenlegung der Wahlen. In den Landgemeinden wurde der/die BürgermeisterIn erstmalig im Jahr 1994 direkt gewählt. In der Stadt Salzburg wurde die erste Direktwahl des Stadtoberhauptes erst für das Jahr 1999 ausgeschrieben. Nach dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 waren ab 1999 auch EU-BürgerInnen mit ordentlichem Wohnsitz im Bundesland bei Gemeindewahlen wahlberechtigt.

2.2 Ergebnisse der Salzburger Gemeindewahlen 2019

Die Gemeindewahlen im Bundesland Salzburg im Jahr 2019, gemeint sind die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und die BürgermeisterInnenwahlen, führten eindrucksvoll die dominierende Stellung der ÖVP im Land vor Augen. Die Volkspartei trat in 117 der 119 Gemeinden als eigenständige Wahlpartei an (nicht in Thomatal und Mittersill, dabei aber in Kooperation mit anderen politischen Kräften in einer gemeinsamen Wahlpartei: Liste GfT „Gemeinsam für Thomatal“/Liste VIERT, angeführt von Bürgermeister Wolfgang Viertler in Mittersill). Die Volkspartei, die auch auf Landesebene mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer die bestimmende Kraft ist, wurde, was die Gemeindevertretungen betrifft, in 103 von 119 Gemeinden die stimmstärkste Partei – in sieben Gemeinden mehr als bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 2014. 1.153 von insgesamt 2.134 zu vergebenden Mandaten waren der ÖVP zuzurechnen (= 54 %/2014: 51 %). Das Wahljahr 2014 ergab für die ÖVP 97 von 119 BürgermeisterInnenpositionen. Bei der Wahl im Jahr 2019 verlor die ÖVP acht BürgermeisterInnenämter: sieben an die SPÖ (Annaberg-Lungötz, Filzmoos, Hallein, Mattsee, Ramingstein, Straßwalchen und Zell am See) und einen an die FPÖ (Radstadt). Im Gegenzug aber konnte sie in sieben Gemeinden der SPÖ den BürgermeisterInnensitz abringen: Bruck an der Großglocknerstraße, Dorfgastein, Mariapfarr, Mühlbach am Hochkönig, Muhr, Oberalm und St. Margarethen im Lungau. Alles in allem stellt die Volkspartei damit für die Periode ab 2019 ein Gemeindeoberhaupt weniger als die Wahl im Jahr 2014 ergab (2019: 96).³

3 Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Gemeindewahlen 2019 Teile I und II (s. Fn. 2).

Für die SPÖ brachten die Kommunalwahlen im Jahr 2019 sowohl Erfolge als auch Niederlagen. Schmerzlich war schon der Verlust des Bürgermeister-sitzes bei den vorgezogenen BürgermeisterInnenwahlen in der Stadt Salzburg Ende 2017. Im Jahr 2019 musste sie auch noch die ihr seit Jahrzehnten angestammte Position der stimmenstärksten Partei in der Landeshauptstadt der ÖVP überlassen.⁴ In einzelnen Gemeinden erkämpfte die SPÖ aber auch spektakuläre Erfolge (z. B. Filzmoos, Hallein, Mattsee, Maria Alm, Straßwalchen, Zell am See). Die SPÖ, die in 111 von 119 Gemeinden als Wahlpartei antrat (2014: 117), ist aber nur mehr in 13 von 119 Gemeinden die stärkste Partei – in vier weniger als im Wahljahr 2014. Sie erlangte 559 oder 26 Prozent der Mandate (2014: 27 %). Das bedeutete ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Salzburger Gemeindewahlen in der 2. Republik. Immerhin blieb es gegenüber 2014 bei einem unveränderten Stand von 18 SPÖ-BürgermeisterInnen in ganz Salzburg. Die SPÖ schickte wie schon im Jahr 2014 77 KandidatInnen in das Rennen um das BürgermeisterInnenamt und verlor – wie bereits angeführt – sieben Sessel an die ÖVP. Sie konnte aber in ebenso sieben Gemeinden der Partei des Landeshauptmannes den Bürgermeistersitz streitig machen. In Untertauern verlor die SPÖ den Bürgermeister an die Liste des amtierenden Bürgermeisters, der aus der SPÖ ausgetreten war. In Maria Alm holte sich die SPÖ den Bürgermeistersitz von einer Namensliste.⁵

Die FPÖ bewarb sich in 96 Gemeinden um Mandate (2014: 106). Bei den Gemeindewahlen im Jahr 2014 konnte sie in zwei Gemeinden die relative Mehrheit für sich verbuchen (in Unken und in Weißpriach). Im Jahr 2019 verlor die FPÖ die zwei Gemeinden an die ÖVP. Bei den BürgermeisterInnenwahlen konnten die Freiheitlichen in Radstadt von der ÖVP den Bürgermeistersessel holen. Der Grund: In Radstadt konnten weder die ÖVP noch die SPÖ eine Kandidatin/einen Kandidaten nominieren und überließen damit der FPÖ das Feld. Seit der/die BürgermeisterIn direkt gewählt wird (seit 1994), hielt die FPÖ vor 2019 erst einmal einen Bürgermeistersessel: 2004 bis 2009 in Mittersill mit Wolfgang Viertler.⁶

Die Grünen versuchten es in 30 von 119 Gemeinden (2014: 37). Sie traten vor allem im urbanen Raum an. Am Land kandidierten die Grünen nur in wenigen Gemeinden, im Pinzgau z. B. nur in drei Gemeinden (Zell am See,

4 Armin Mühlböck (2019). Wahlen im Schatten des Salzburger Finanzskandals: Die vorgezogenen BürgermeisterInnenwahlen in der Stadt Salzburg im Herbst 2017, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2018, Wien-Köln-Weimar, S. 49–72.

5 Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Gemeindewahlen 2019 Teile I und II (s. Fn. 2).

6 Ebd.

Saalfelden und Bruck). Die NEOS bewarben sich landesweit nur in fünf Gemeinden und konnten nur in Salzburg und Hallein eine/n BewerberIn für das Amt des Gemeindeoberhaupts aufstellen. Die FPS, die im Jahr 2018 mit Karl Schnell knapp den Einzug in den Landtag verpasste, kandidierte in zehn Gemeinden. In 37 Gemeinden stellten sich insgesamt 43 Namenslisten bzw. WählerInnengemeinschaften der Wahl (in Untertauern und Mittersill zwei, in der Stadt Salzburg fünf). Wie schon im Wahljahr 2014 brachte auch bei der Wahl im Jahr 2019 in vier Gemeinden eine Namensliste bzw. WählerInnengemeinschaft ihre/n BürgermeisterkandidatIn an die Spitze (Anif, Untertauern, Thomatal und Mittersill).

2.3 Die Wahl in der Stadt Salzburg

Im Jahr 2017 gab es vorgezogene BürgermeisterInnenwahlen in der Stadt. Diese wurden mit einem heute schon denkwürdigen Ereignis eingeleitet. Am 31.7.2017 gab der Salzburger Langzeitbürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) seinen Rücktritt bekannt. Dieser Schritt erfolgte nicht aus freien Stücken. Schaden war wenige Tage zuvor wegen Beihilfe zur Untreue im sogenannten „Swap-Prozess“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden – eines davon unbedingt.⁷ In den Wahlgängen im November und Dezember 2017 konnte der ÖVP-Mann Harald Preuner das Rennen gegen den Schaden-Nachfolger Bernhard Auringer für sich entscheiden. Preuner holte damit nicht nur für die ÖVP den Bürgermeistersitz in der traditionell SPÖ-dominierten Stadt Salzburg,⁸ sondern feierte auch seine politische Auferstehung, weil er nach den hohen Verlusten beim Wahlgang im Jahr 2014 schon als politisches Auslaufmodell galt. Das Ergebnis der vorgezogenen Salzburger BürgermeisterInnenwahl im Jahr 2017 führte einmal mehr die dominierende Bedeutung der Persönlichkeit der

7 Der Oberste Gerichtshof (OGH) bestätigte am 2.10.2019 im sogenannten „Salzburger Swap-Prozess“ die erstinstanzlichen Schuldsprüche des Landesgerichts Salzburg. Bei Salzburgs Ex-Bürgermeister Heinz Schaden blieb die Strafe laut Ersturteil gleich, bei Ex-Landesfinanzreferent Othmar Raus (beide SPÖ) kam es zu einer Strafverschärfung. Siehe: ORF Salzburg Online (2.10.2019). Höchstgericht: Haft für Schaden, Raus, Paulus, einen Beamten.

8 Nur in der Zeit zwischen 1992 und 1999 gab es mit Josef Dechant in der Stadt ein ÖVP-Stadtoberhaupt in der 2. Republik. Alle anderen Bürgermeister (ausschließlich Männer) stellte die SPÖ. Der ÖVP-Bürgermeister Richard Hildmann in den Jahren 1945–1946 wurde nicht gewählt, sondern von der US-Besatzungsmacht als provisorischer Bürgermeister eingesetzt. Siehe dazu z. B. Stadt-Salzburg (7.1.2020). Die Bürgermeister der Stadt Salzburg. Abgerufen am 25.6.2020 unter https://www.stadt-salzburg.at/internet/bildung_kultur/stadtgeschichte/buergermeister_seit_321755/die_buergermeister_der_stadt_salzburg_155776.htm.

KandidatInnen bei Direktwahlen vor Augen.⁹ Einmal mehr wurde deutlich, wie groß die Zugkraft der Person Heinz Schaden in den vergangenen Wahlgängen war, über Parteigrenzen hinweg. Harald Preuner und seine Stadt-ÖVP waren in den vergangenen Wahlen gegen Heinz Schaden chancenlos gewesen. Es zeigte sich auch, was bei BürgermeisterInnenwahlen passieren kann, wenn ein/e langgediente/r AmtsträgerIn abtritt. Es öffnet sich ein Zeitfenster für einen politischen Wandel. Der Schaden-Nachfolger Bernhard Auinger (SPÖ) musste sich geschlagen geben, auch wenn der Abstand denkbar knapp war, weil letztlich die Differenz zwischen ihm und Preuner nur 294 Stimmen betrug. Zweifelsohne war Auingers Ausgangssituation im Jahr 2017 nicht günstig. Er konnte aber auf einer gegebenen SPÖ-Dominanz in der Stadt aufbauen. Preuner musste erst den Nimbus des ewigen Zweiten und Wahlverlierers aus dem Jahr 2014 ablegen. Auinger konnte in der Stichwahl auch aufholen und den Abstand zu Preuner deutlich verringern, aber es reichte nicht. Für die Salzburger SPÖ bedeutete dieses Ergebnis freilich einen herben Schlag.

Alles in allem schienen Auingers Chancen für eine Revanche bei den Gemeindewahlen im Jahr 2019 aber in Takt. Freilich würde Preuner als amtierender Bürgermeister auf einen – wenn auch kurzen – Amtsbonus aufbauen können. Entscheidend war aber die Frage, ob es tatsächlich „nur“ die relative Unbekanntheit des Schaden-Nachfolgers gegenüber dem langgedienten ÖVP-Kandidaten war, die der SPÖ bei den vorgezogenen Wahlen 2017 den BürgermeisterInnensessel kostete. Wenn ja, dann sollte Auinger dieses Manko bis zur Wahl im Jahr 2019 abgebaut haben und mit der Rückeroberung des BürgermeisterInnenamtes die Dinge für die SPÖ wieder zurechtrücken können. Bis hin zur Wahl im Jahr 2019 verdichteten sich allerdings die Hinweise darauf, dass einzig die Person Heinz Schaden eine tieferliegende, die Idee der Sozialdemokratie insgesamt betreffende, Krise in Stadt und Land Salzburg – und darüber hinaus – überlagerte. Schon das Landtagswahlergebnis im Frühjahr 2018 zeigte das Potential der ÖVP in der Stadt für die Zeit nach Heinz Schadens Abgang an: Die ÖVP konnte um 7,5 Prozent zulegen und die SPÖ als stärkste Kraft ablösen.¹⁰ Und so kam, was kommen musste: Mit 36,7 Prozent und einem Plus von 17,3 Prozentpunkten fuhr die ÖVP bei der Wahl des Gemeinderats im Jahr 2019 einen fulminanten Wahlsieg ein. Erstmals in der Geschichte der 2. Republik erkämpfte sie die relative Mehrheit im Salzburger Stadtpar-

⁹ Im Salzburger Jahrbuch für Politik 2018 ist ein ausführlicher Beitrag zur vorgezogenen BürgermeisterInnendirektwahl in der Stadt Salzburg im November und Dezember 2017 abgedruckt: Mühlböck, Wahlen im Schatten des Salzburger Finanzskandals (s. Fn. 4).

¹⁰ Land Salzburg (2020). Landtagswahlen. Abgerufen am 25.6.2020 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/ltw/index.html>.

lament.¹¹ Wie schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2018 (mit 20 %) musste die SPÖ mit 26,8 Prozent bei der Gemeinderatswahl 2019 in der Stadt Salzburg und einem Minus von 6,2 Prozentpunkten ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis hinnehmen. Bei der BürgermeisterInnenwahl erreichte Preuner 55,6 Prozent und schlug Bernhard Auinger mit einem Abstand von 11 Prozentpunkten. Die Dominanz der SPÖ in der Landeshauptstadt wurde von der ÖVP nachhaltig gebrochen und sowohl Landeshauptstadt als auch Bundesland sind seither fest in schwarzer Hand.

Die drittstärkste politische Kraft in der Stadt sind die Grünen. Ihr Abschneiden bei der Gemeindewahl im Jahr 2019 war allerdings ungewiss. Langzeitstadtrat Johann Padutsch, seit 1982 im Gemeinderat und seit 1992 durchgehend Stadtrat für Verkehr und Raumplanung, hatte die politische Bühne verlassen und mit Martina Berthold an der Spitze – ehemalige Landesrätin der Grünen in der Salzburger Landesregierung von 2013 bis 2018 – traten die Stadtgrünen in eine neue politische Phase ein.¹² Die Frage war, wie sich dieser Wechsel auf das Wahlergebnis der Grünen auswirken würde. Martina Berthold war zwar als ehemalige Landesrätin eine bekannte politische Persönlichkeit, offen war aber, in welchem Ausmaß sie die Wählerschaft der Stadt-Grünen hinter sich vereinen können würde. Hinzu kam eine für die Grünen ungünstige politische Stimmungslage. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2017 waren die Grünen aus dem Parlament geflogen und bei den Salzburger Landtagswahlen im Frühjahr 2018 stürzten die Grünen um 11 Prozentpunkte, von 20,2 auf 9,3 Prozent der Stimmen, ab. Mit 15,2 Prozent und einem Plus von 1,6 Prozentpunkten konnten die Stadt-Grünen aber ein mehr als respektables Ergebnis erzielen, das – in Anbetracht der Ausgangssituation – nicht zuletzt auch als Erfolg für ihre neue Spitzenkandidatin gewertet werden kann.¹³

Wie die SPÖ gehörte auch die FPÖ zu den WahlverliererInnen bei der Stadt-Gemeindewahl im Jahr 2019: Die Freiheitlichen verloren vier Prozentpunkte und erreichten nur mehr 8,4 Prozent. Landesparteiobfrau Marlene Svazek bezeichnet das Abschneiden ihrer FPÖ in der Stadt Salzburg wörtlich „als Debakel.“¹⁴

Mit gleich 12,4 Prozent und einem Sitz in der Stadtregierung feierten die NEOS bei den Gemeindewahlen 2014 einen Wahlerfolg. Im Jahr 2019 hal-

11 Land Salzburg/Referat Landesstatistik (2020). Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der Bürgermeisterwahlen seit 1994. Abgerufen am 25.6.2020 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/gvw/index2019.html#hist.5.0>.

12 ORF Salzburg Online (29.9.2018). Martina Berthold zur Spitzenkandidatin gewählt.

13 Kronen Zeitung Online (11.3.2019). ÖVP-Erdrutschsieg im Salzburger Gemeinderat.

14 Salzburger Nachrichten (SN) Online (21.3.2019). Ein weiteres Mal tritt Reindl nicht an.

bierte sich die neue politische Kraft in der Stadt allerdings und musste mit minus 6,4 Prozentpunkten herbe Verluste hinnehmen. Dieses Ergebnis kam allerdings nicht überraschend. NEOS-Stadträtin Barbara Unterkofler, Identifikationsfigur und Aushängeschild der Salzburger Stadt-NEOS, hatte ihre Partei im September 2018 verlassen und war zur ÖVP gewechselt.¹⁵ Dieser Schritt von Unterkofler bedeutete eine entscheidende Schwächung der jungen politischen Kraft und erschwerte ihre Ausgangssituation für die Wahl im Jahr 2019 erheblich. Es wird sich zeigen, ob und wenn ja, in welcher Stärke die NEOS auch nach der nächsten Wahl im Jahr 2024 im Salzburger Stadtparlament vertreten sein werden.

Christoph Ferch mit seiner Liste „Bürger für Salzburg (SALZ)“ wusste eine kleine, aber treue Gruppe von WählerInnen hinter sich und schaffte es so, sein Mandat im Stadtparlament zu verteidigen.

Zu den WahlsiegerInnen bei den Gemeindewahlen im Jahr 2019 gehörte zweifelsohne auch Kay-Michael Dankl mit der KPÖ Plus. Mit einem intelligent und sympathisch geführten Wahlkampf, der auf ein Schlüsselthema im Wahlkampf, leistbares Wohnen, konzentriert war, erreichte er 3,7 Prozent und ein Mandat im Stadtparlament.¹⁶ Die KPÖ ist damit erstmals seit der Wahl im Jahr 1964 wieder im Salzburger Gemeinderat vertreten.¹⁷

Inhaltlich wird vom Wahlkampf zur Gemeindewahl 2019 in der Stadt wohl vor allem der (medienwirksame) Vorstoß von SPÖ, Grünen und NEOS zur Sperre des Neutors, drei Wochen vor der Wahl, in Erinnerung bleiben. Die Idee war allerdings alles andere als neu und schon seit geraumer Zeit ein Anliegen der Stadt-Grünen. Auf der Pressekonferenz am 18.2.2019 hatten sich aber erstmals auch SPÖ-Kandidat Bernhard Auinger und NEOS-Kandidat Lukas Rößlhuber gemeinsam mit Johann Padutsch (Grüne) für das Projekt stark gemacht. Der Plan war, das Neutor für den Individualverkehr zu sperren und die Maßnahme noch vor der Wahl zu beschließen. Das war grundsätzlich denkbar, weil die drei Fraktionen zusammen eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat und im Planungsausschuss hatten und noch vor der Wahl den Beschluss hätten fällen können. Nicht nur das Thema und die Allianz überraschte die WahlkampfbeobachterInnen, sondern auch der Umstand, dass die Bürgermeisterkandidatin der Grünen, Martina Berthold, bei der Pressekonferenz nicht anwesend und

15 ORF Salzburg Online (12.9.2018). NEOS-Stadträtin Unterkofler wechselt zu ÖVP.

16 KPÖ (10.3.2019). KPÖ PLUS gelingt in Salzburg eine kleine Sensation. Abgerufen am 25.6.2020 unter <http://www.kpoe.at/wahlen/gemeinderat/2019/kpoe-plus-gelingt-mit-3-8-der-abgegebenen-stimmen-in-salzburg-eine-kleine-sensation>.

17 Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der Bürgermeisterwahlen seit 1994 (s. Fn. 11).

somit offenbar in den Vorstoß ihres Vorgängers, Johann Padutsch, nicht oder nur unzureichend eingebunden war.¹⁸ ÖVP, FPÖ, SALZ und KPÖ stellten sich klar gegen die Pläne der Neutor-Allianz. Auinger sagte gut eineinhalb Wochen vor der BürgermeisterInnen-Stichwahl am 24.3.2019 die umstrittene Neutorsperre allerdings wieder ab. Die neuen politischen Verhältnisse nach der Gemeinderatswahl am 10.3.2019 brachten eine Mehrheit von ÖVP, FPÖ, SALZ und KPÖ hervor, den Gegnern der Neutorsperre. Zudem hatte die SPÖ in den „Neutorbezirken“ verloren, während die ÖVP dort zulegen konnte.¹⁹

2.4 Bürgermeisterinnen

Im ersten Jahr der BürgermeisterInnendirektwahl im Jahr 1994 bewarben sich 316 Männer und Frauen um ein BürgermeisterInnenamt. Im Jahr 2019 waren es 268 KandidatInnen. 34 davon (rund 13 %) waren Frauen, um neun mehr als 2014.

Tabelle 1: Bürgermeisterinnen – Anzahl und Anteil in den Bundesländern

Bundesland	Anzahl der Gemeinden	Anzahl Bürgermeisterinnen 1999	Anteil 1999	Anzahl Bürgermeisterinnen 2019	Anteil 2019
Burgenland	1999: 164/2019: 171	3	1,8	12	7,0
Kärnten	1999: 128/2019: 132	2	1,6	8	1,5
Niederösterreich	1999: 571/2019: 573	16	2,8	69	12,0
Oberösterreich	1999: 445/2019: 438	8	1,8	33	7,5
Salzburg	1999: 119/2019: 119	0	0,0	8	6,7
Steiermark	1999: 543/2019: 287	13	5,7	22	7,7
Tirol	1999: 279/2019: 279	2	0,7	16	5,7
Vorarlberg	1999: 96/2019: 96	1	1,0	8	8,3
Wien	1	0		0	0

Quelle: Gemeindebund, Bürgermeisterinnen (siehe Fn. 2), eigene Darstellung.

Von den aktuell 2.096 BürgermeisterInnen in den Gemeinden in Österreich (Stand: 10/2019) sind 176 Frauen. Wenngleich die Anzahl der Bürgermeisterinnen in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich anstieg, von 45 im Jahr 1999 auf 176 im Jahr 2019, liegt der Anteil der Frauen unter den Gemeindeober-

18 ORF Salzburg Online (19.2.2019). Analyse: Neutor-Sperre als Wahl-Paukenschlag.

19 Kurier Online (14.3.2019). Kehrtwende – SPÖ sagt vor Stichwahl Neutorsperre wieder ab.

häuftern nach wie vor bei nur 8,4 Prozent in ganz Österreich. Salzburg liegt allerdings noch deutlich unter diesem Wert (2019: 6,7 %, siehe Tabelle 1) und nimmt im Bundesländervergleich, was den Anteil der Frauen unter den BürgermeisterInnen betrifft, beharrlich einen der letzten Plätze ein.

Im Jahr 1999 gab es in Salzburg noch gar keine Bürgermeisterin. Die jüngsten Wahlen im März 2019 brachten acht Bürgermeisterinnen hervor. Mehr Frauen an der Spitze der Gemeinden gab es in Salzburg noch nie. So konnte sich Salzburg im Bundesländervergleich mit einem Anteil von 6,7 Prozent auch vom letzten Platz (1999) auf den drittletzten Platz (2019) vorarbeiten. Niederösterreich (1999: 3 %/2019: 12 %) und die Steiermark (1999: 6 %/2019: 8 %) verzeichnen traditionell die höchsten Werte bei den Anteilen der Bürgermeisterinnen. Mit der letzten Gemeindewahl im Jahr 2015 konnte auch Vorarlberg an die Spitze anschließen (2019: 8 %).

In der Politikwissenschaft und in benachbarten Disziplinen stellt die Frage nach den Gründen der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik heute einen wichtigen Forschungszeitpunkt dar.²⁰ In Salzburg setzten sich schon in den Jahren 1999/2000 zwei Politikwissenschaftlerinnen mit dieser Frage auseinander,²¹ organisierten eine Ringvorlesung an der Universität Salzburg, forschten und publizierten zum Thema. Ihre Erkenntnisse, wenngleich vor gut 20 Jahren generiert, haben ihre Relevanz nicht eingebüßt.²² Der nach wie vor geringe Anteil von Frauen in der Politik generell und insbesondere in den Spitzenfunktionen, wie dem BürgermeisterInnenamt, hängt gestern wie heute vor allem mit der schwierigen Vereinbarkeit des politischen Engagements mit der Familie und/oder dem Beruf zusammen, da vor allem Frauen für den privaten, familiären Bereich zuständig sind und bleiben. Diesen Umstand verstärken in der Gesellschaft prägende Rollenbilder, die die Verantwortung für die Familien- und Hausarbeit vor allem den Frauen zuschreiben. Frauen werden deswegen in der Politik auch nur verhalten akzeptiert. Hinzu kommt, dass insbesondere

20 Elke Wiechmann (2018). Politische Repräsentanz und Geschlecht: Political Gender Gap, in: Beate Kortendiek/Birgit Riegraf/Katja Sabisch (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft, Wiesbaden, S. 264–280.

21 Karin Hofer/Elisabeth Wolfgruber (2000). Warum werden Frauen nicht gewählt, in: Elisabeth Wolfgruber/Petra Grabner (Hg.): Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg, WS 1999/2000, Innsbruck-Wien-München, S. 249–272.

22 Franz Fallend (2013). Salzburg, in: Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver (Hg.): Gemeindewahlen in Österreich im Bundesländervergleich, Innsbruck, S. 107–128, hier S. 126 f. Vergleiche dazu die Ergebnisse einer Studie für das Burgenland aus dem Jahr 2011: Florian Reinwald/Doris Damyanovic/Friederike Weber/Isa Hager (2011). Frauen in der burgenländischen Gemeindepolitik. Abgerufen am 25.6.2020 unter https://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Buerger_und_Service/Frauen/2440_Studie_zur_Gemeindepolitik.pdf.

für KommunalpolitikerInnen die Verankerung im lokalen gesellschaftlichen Leben und damit in den örtlichen Vereinsstrukturen von zentraler Bedeutung ist. Wenngleich heute junge Frauen in den lokalen Traditionsvereinen, vor allem in Musikkapellen und mehr und mehr auch in Feuerwehren, aktiv sind, ist es gerade dieses Erfordernis, das für Frauen gestern wie heute eine Hürde für politisches Engagement darstellt, weil zahlreiche Vereine nach wie vor männlich dominiert sind und ein Engagement in Vereinen mit den Zeitstrukturen von Frauen oft nur schwer vereinbar ist. Alles in allem führen diese Argumente zum Schluss, dass es Frauen schwer haben, sich gegen eine männliche Konkurrenz durchzusetzen – so sie sich überhaupt um das Amt des Gemeindeoberhauptes bewerben. Es schließt sich logisch die Frage an, ob die Einführung der BürgermeisterInnendirektwahl Mitte der 1990er-Jahre für Frauen den Einstieg in die Kommunalpolitik erschwerte oder erleichterte. Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, weil nicht beobachtet werden kann, wie hoch der Anteil der Frauen unter den BürgermeisterInnen heute wäre, wäre die Direktwahl nicht eingeführt worden. Der Umstand aber, dass gerade in den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark, in denen es keine Direktwahl der BürgermeisterInnen gibt, Frauen im Langzeitvergleich am häufigsten die Spitzenfunktion in den Gemeinden erlangen, mag ein Hinweis darauf sein, dass es einen Zusammenhang zwischen den Repräsentationsgrad der Frauen in der Kommunalpolitik mit dem Wahlmodus und einer sich daraus ergebenden Rekrutierungspraxis geben könnte. Ferdinand Karlhofer²³ kam bei seiner Analyse zu den „Frauen in der Kommunalpolitik“ zum Schluss, dass die Einführung der Direktwahl „keine besondere Schubkraft zugunsten der Frauen mit sich“ brachte. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Ball bei der Steigerung des Anteils von Frauen in der Gemeindepolitik freilich vor allem bei den (lokalen) politischen Parteien selbst liegt, die es in der Hand haben, Frauen bei der Erstellung der Wahllisten an wählbarer Stelle zu positionieren oder als Bürgermeisterkandidatin zu nominieren.

2.5 *Amtsbonus*

Geht es um die Wahlchancen bei der BürgermeisterInnendirektwahl, spielt in der dahingehenden Debatte der Amtsbonus traditionell eine wichtige Rolle.²⁴

23 Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver (2013). Kommunalwahlen in den Bundesländern – Ein vergleichender Überblick, in: Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver (Hg.): Gemeindewahlen in Österreich im Bundesländervergleich, Innsbruck, S. 9–32, hier S. 26.

24 Karlhofer/Pallaver, Kommunalwahlen in den Bundesländern, S. 24 (s. Fn. 23); Markus Klein/Yvonne Lüdecke (2018). Entparteiopolitisierung und faktischer Konkurrenzausschluss bei Bür-

Die Conclusio dabei lautet, dass amtierenden BürgermeisterInnen ihr Amt nur schwer abzuringen ist. Auch die jüngsten BürgermeisterInnenwahlen in Salzburg bestätigen dieses Argument. Zwei Drittel aller amtierenden BürgermeisterInnen (80 von 119) stellten sich 2019 erneut der Wahl (wobei der Kandidat in Goldegg für eine andere Partei antrat und der Kandidat in Untertauern mit einer neu gegründeten eigenen Liste ins Rennen ging). Von den 80 amtierenden BürgermeisterInnen wurden 73 wiedergewählt (rund 90 %). Im Jahr 2014 lagen diese Zahlen noch höher: 90 amtierende BürgermeisterInnen stellten sich der Wiederwahl und 88 wurden im Amt bestätigt.²⁵ Ohne Zweifel ist davon auszugehen, dass AmtsinhaberInnen bei der Wahl einen Vorteil haben und damit deutlich bessere Ausgangsbedingungen vorfinden als KonkurrentInnen, die ohne Amtsbonus ins Rennen gehen.

2.6 Stichwahl

Erlangt nicht schon im ersten Wahlgang ein/e BürgermeisterkandidatIn die absolute Mehrheit der Stimmen, ist – zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang – eine Stichwahl zwischen dem/der Erst- und Zweitgereihten vorzunehmen. Dabei drängt sich freilich die Frage auf, in welchem Ausmaß es bei BürgermeisterInnen-Direktwahlen überhaupt zu einem zweiten Wahlgang kommt; d.h., dass keine/r der BewerberInnen im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erkämpfen konnte. Bei der Wahl im Jahr 2019 standen in 108 von 119 Gemeinden die BürgermeisterInnen bereits nach dem ersten Wahlgang fest. Jeweils ein/e BewerberIn erzielte also in 90 Prozent der Gemeinden auf Anhieb mehr als 50 Prozent der Stimmen. In nur elf Gemeinden (8 im Jahr 2014) kam es am 24.3.2019 zu einer Stichwahl: Salzburg, Hallein, Oberalm, Elsbethen, Mattsee, Oberndorf, Straßwalchen, Seekirchen, Bad Hofgastein, St. Johann und Zell am See. Alles in allem zeigte sich, dass Stichwahlen auch in früheren Wahlgängen nur in relativ wenigen Gemeinden stattfanden. Der Wahlgang mit der erstmaligen Direktwahl des Gemeindeoberhauptes im Jahr 1994 stellte dabei mit 16 Stichwahl-Gemeinden den einmaligen Ausreißer nach oben dar (2019: 11/2014: 8/2009: 5/2004: 7/1999: 11/1994: 16).²⁶

Hat sich nun im zweiten Wahlgang die Reihenfolge im Ergebnis der ersten Wahlrunde gedreht oder ging der/die KandidatIn mit der relativen Mehrheit

germeister- und Landratswahlen, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 28 (2), S. 125–146, hier S. 125. DOI: 10.1007/s41358-018-0134-3.

²⁵ Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Gemeindewahlen 2019 Teile I und II (s. Fn. 2).

²⁶ Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der Bürgermeisterwahlen seit 1994 (s. Fn. 11).

aus dem ersten Wahlgang sodann auch als SiegerIn der Stichwahl hervor? Bei der Gemeindewahl im Jahr 2019 entschied in acht von insgesamt elf Fällen der siegreiche Kandidat aus der ersten Runde auch in der Stichwahl das Rennen für sich. Nur bei drei Stichwahlen kam es zu einem Wechsel an der Spitze: In Oberalm führte nach dem ersten Wahlgang der Kandidat der SPÖ, aus der Stichwahl ging aber der Kandidat der ÖVP (Hans-Jörg Haslauer) siegreich hervor. In Mattsee und Zell am See lagen nach der ersten Wahlrunde Kandidaten der ÖVP in Führung, die Bürgermeistersitze gingen aber letztlich an die gegnerischen Kandidaten der SPÖ (Mattsee: Michael Schwarzmayr/Zell am See: Andreas Wimmreuter). Auch in früheren Direktwahlen kam es in puncto Reihung der KandidatInnen nur vereinzelt zu einer Änderung im Ergebnis zwischen der ersten und zweiten Wahlrunde (2019: 3 Gemeinden – Mattsee, Oberalm, Zell am See/2014: 1 – Rauris/2009: 0/2004: 2 – Mittersill, Unken/1999: 1 – Hallein/1994: 2 – Hintersee, Thomatal).²⁷

In Anbetracht dieser Daten stellt sich die Frage, ob sich der Ressourceneinsatz für eine Stichwahl im Verhältnis zum zu erzielenden demokratischen Effekt rechnet oder ob überlegt werden sollte, das Wahlrecht zu reformieren und nur einen Wahlgang auszuschreiben, um den/die siegreiche/n Bürgermeisterkandidat/en/in aus diesem einen Wahlgang, auch wenn es sich nur um eine relative Mehrheit handelt, als gültig gewählte/n BürgermeisterIn anzuerkennen.

2.7 Stimmensplitting

Das mögliche Stimmensplitting bei der Gemeindewahl zwischen der Wahlpartei bei der Gemeindevertretungswahl und der zeitgleichen direkten Wahl des Gemeindeoberhauptes kann grundsätzlich dazu führen, dass ein/e WählerIn sich im ersten Fall für die Wahlpartei A und im zweiten Fall für den/die BürgermeisterkandidatIn der Wahlpartei B entscheidet. Die denkbare Folge ist, dass BürgermeisterInnen mit einer konkurrierenden Mehrheit im Gemeindeparlament regieren müssen. Eine derartige Konstellation ergibt sich allerdings nur sehr selten und wenn, dann wirkten sich „MinderheitsbürgermeisterInnen“ oder „fremde“ Mehrheiten bis dato nicht negativ auf die Politik in der betroffenen Gemeinde aus.²⁸ Nach der Wahl im Jahr 2019 waren in nur neun Gemeinden die gewählten BürgermeisterInnen mit einer relativen

²⁷ Ebd.

²⁸ Karlhofer/Pallaver, Kommunalwahlen in den Bundesländern, S. 24 (s. Fn. 23); Barbara Steininger (2006). Gemeinden, in: Herbert Dachs et al. (Hg), Politik in Österreich: Das Handbuch, Wien, S. 990–1007, hier S. 995.

oder absoluten Mehrheit einer anderen Partei konfrontiert (2014 in nur drei Gemeinden). In allen anderen Gemeinden (2019: 110) verfügt der/die BürgermeisterIn über eine Mehrheit im Gemeindeparlament (in 91 Gemeinden sogar über eine absolute Mehrheit und in 19 Gemeinden über eine relative Mehrheit). Das zeigt einmal mehr, dass WählerInnen zu einem konsistenten Wahlverhalten tendieren. Wenn Wahlberechtigte bei den Wahlen zur Gemeindevertretung einer bestimmten Wahlpartei die Stimme geben, neigen diese im hohen Ausmaß dazu, bei gleichzeitiger Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin, ihr Kreuz auch bei dem Kandidaten/der Kandidatin eben dieser Partei zu machen – oder umgekehrt.²⁹

3. ENTWICKLUNG DER STIMMEN- UND MANDATSANTEILE DER PARTEIEN BEI GEMEINDEWAHLEN IM BUNDESLAND SALZBURG SEIT 1949

3.1 Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien

Wie haben sich die Stimmen- und Mandatsanteile der Parteien im Bundesland Salzburg bei Gemeindewahlen in der 2. Republik seit 1949 entwickelt? Die Gegenüberstellung der politischen Kräfteverhältnisse in den Salzburger Gemeinden in einer Zeitreihe ermöglicht die Einbettung des Ergebnisses der Gemeindewahlen im Jahr 2019 in einen größeren Kontext.

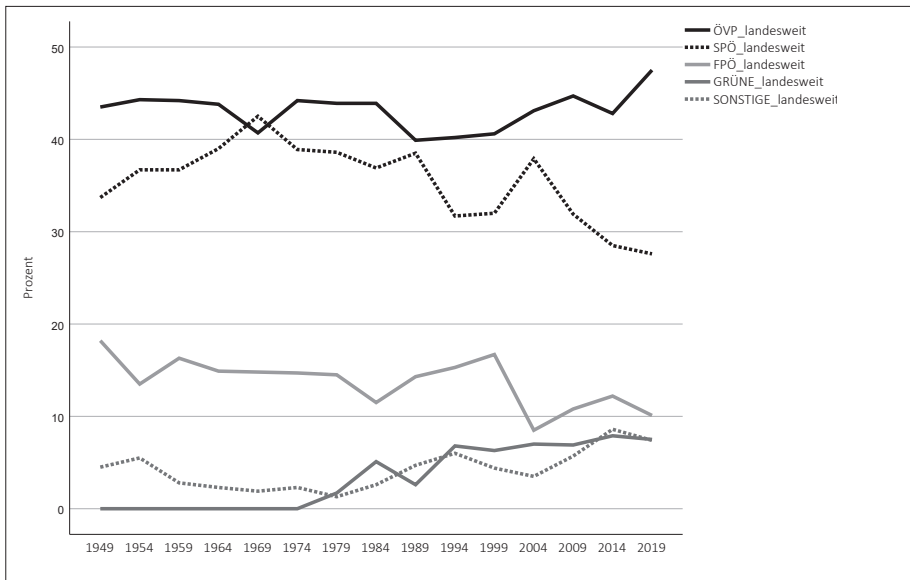
Das untenstehende Liniendiagramm (Abbildung 1) zeigt die bei Salzburger Gemeindevertretungswahlen landesweit erzielten Stimmenanteile der Parteien, so wie diese in Wahlstatistiken oder Wahlberichten üblicherweise dargestellt werden.³⁰ So lässt sich das Bild zeichnen, dass die ÖVP von 1949 bis 1984, in einem fast 40-jährigen Zeitraum und über acht Wahlgänge hinweg, mit 43 bis 44 Prozent, nahezu konstante Wahlergebnisse auf Gemeindeebene erzielte.

29 Mühlböck, Wahlen im Schatten des Salzburger Finanzskandals, S. 55 (s. Fn. 4); Walter Thaler (2007). Bürgermeister-Direktwahl: Show business, big business oder demokratiepolitischer Fortschritt, in: Herbert Dachs/Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2007, Wien, S. 23–45.

30 Land Salzburg/Referat Landesstatistik, Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der Bürgermeisterwahlen seit 1994 (s. Fn. 11). Siehe auch die Analyse von Franz Fallend zu den Salzburger Gemeindewahlen bis 2009: Fallend, Salzburg (s. Fn. 22); Stefan Wally (2019). Politische Partizipation in Salzburg, in: Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2018, Wien-Köln-Weimar, S. 73–104; Christian Flandera (2010). Große Siege und kleine Tragödien: Gemeindewahlkämpfe in Salzburg seit 1969, in: David Brenner/Karl Duffek/Peter Gutschner (Hg.): Signaturen des Wandels, Innsbruck, S. 245–299.

Nur im Jahr 1969 musste sie der SPÖ, einmalig im Beobachtungszeitraum ab 1949, in puncto Anzahl der Stimmen den Vortritt lassen. Knapp wurde es nach dieser Datenlage auch im Wahljahr 1989, in dem die SPÖ der ÖVP sehr nahekam. Folgt man den Entwicklungen, erfuhr die ÖVP auch in den Folgejahren 1994 und 1999 eine leichte „Schwäche“ – allerdings stets auf hohem Niveau. Ein neuerlicher Aufwärtstrend setzte für die ÖVP nach der Jahrtausendwende ein, im Jahr 2004, just bei der Wahl, in der sie auf Landesebene an Gabi Burgstaller und ihre SPÖ den Sitz des Landeshauptmannes verlor.

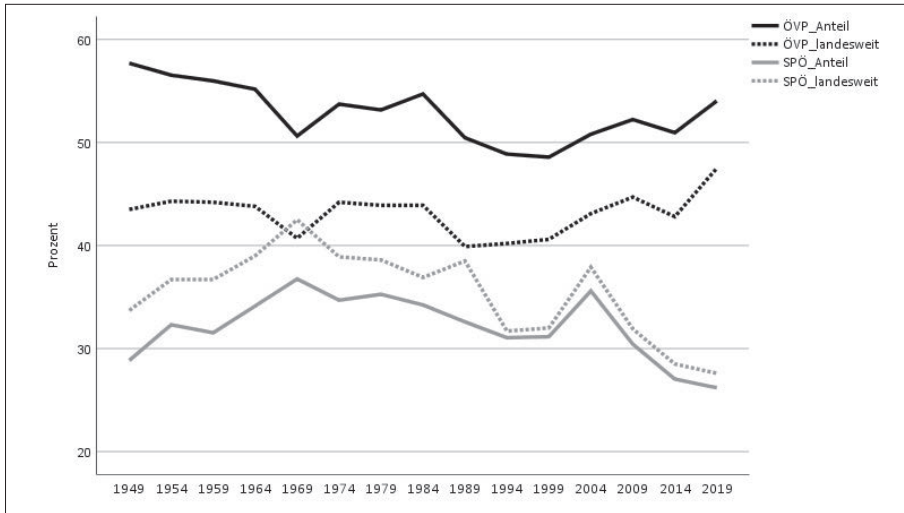
Abbildung 1: Gemeindewahlen Bundesland Salzburg 1949-2019: landesweite Stimmenanteile der Parteien



Quelle: Eigene Darstellung anhand Land Salzburg, Landesstatistik Salzburg. Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der BürgermeisterInnenwahlen seit 1994 (siehe Fn. 11).

Diese Aufbereitung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene, die die landesweiten Stimmenanteile der Parteien fokussiert, ist aber hinsichtlich der Performance der Parteien tatsächlich irreführend und verleitet zu missverständlichen Interpretationen. Warum? Für diese Darstellung werden alle Stimmen, die z. B. die ÖVP in allen Salzburger Gemeinden erhielt, ins Verhältnis zu den gültig abgegebenen Stimmen in allen Gemeinden im Bundesland Salzburg gesetzt und so der entsprechende Anteil ermittelt. Dieser Logik folgend erhielt die ÖVP im Jahr 1969 40,7 Prozent der Stimmen und die SPÖ 42,5 Prozent. Diese Dar-

Abbildung 2: ÖVP und SPÖ bei den Gemeindewahlen Bundesland Salzburg 1949-2019 – Gegenüberstellung: landesweite Stimmenanteile vs Anteile an den erzielten Mandaten in den Gemeinden



Quelle: Eigene Darstellung anhand Land Salzburg, Landesstatistik Salzburg – Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der BürgermeisterInnenwahlen seit 1994 (siehe Fn. 11).

stellung ignoriert aber, dass Gemeindewahlen keine landesweiten Wahlen sind und zum jeweiligen Zeitpunkt nicht nur ein Wahlgang abgehalten wurde, sondern tatsächlich 119 Wahlen stattfanden³¹ (bzw. so viele, wie es zum jeweiligen Wahlgang Gemeinden gab³²). Auch die Sitze in den Gemeindevertretungen werden den Wahlparteien nicht aufgrund eines landesweiten Wahlergebnisses, sondern aufgrund der Stimmenverteilung in der jeweiligen Gemeinde und aufgrund des dortigen Wahlergebnisses zugerechnet. Über die landesweiten Stimmenanteile können die tatsächlichen Kräfteverhältnisse nicht deutlich werden, sondern erst, wenn die Wahlergebnisse in jeder einzelnen Gemeinde betrachtet werden.³³ Der dann wahre Einblick in die Parteiperformance könnte so-

31 Fallend hat diesen Umstand bereits 2013 bei seiner Analyse der Salzburger Gemeindewahlen hervorgehoben: Fallend, Salzburg, S. 116 (siehe Fn. 22).

32 Die Gemeinde Köstendorf wurde im Jahr 1949 neu gebildet, die Gemeinde Bürmoos im Jahr 1969. 1974 wurden die selbständigen Gemeinden Seekirchen Markt und Seekirchen Land zur Gemeinde Seekirchen am Wallersee zusammengelegt. Siehe dazu: Land Salzburg, Landesstatistik Salzburg – Dokumentation der Gemeindevertretungswahlen seit 1949 und der Bürgermeisterwahlen seit 1994 (s. Fn. 11).

33 Ein Rechenbeispiel zur Erklärung: Im Wahljahr 2019 gab es bei den Gemeindewahlen im Bun-

dann über die Ermittlung des durchschnittlichen Stimmenanteils wahlwerbender Gruppierungen in allen Gemeinden erfolgen³⁴ oder es werden – wie hier umgesetzt – die in den einzelnen Gemeinden erzielten Mandate vergleichend gegenübergestellt.

Der Vorteil des Mandatsanteils gegenüber dem durchschnittlichen Stimmenanteil als Messgröße ergibt sich dadurch, dass mit dem durchschnittlichen Stimmenanteil die Kräfteverhältnisse nur verzerrt dargestellt werden können, weil in den Gemeinden gleich viele Stimmen nicht gleich viele Mandate ergeben. In den größeren Gemeinden können zwar viele Stimmen gesammelt werden, die Mandate sind aber „teuer“ und „kosten“ viel – in puncto Stimmen, die dafür gesammelt werden müssen. In kleineren Gemeinden sind die Mandate „billiger“.³⁵ Die obenstehende Abbildung 2 stellt für die dominierenden Salzburger Parteien, die ÖVP und die SPÖ, den landesweiten Stimmenanteilen die landesweiten Mandatsanteile gegenüber. Ein Blick auf die Abbildung macht deutlich, dass die Differenzen zwischen Stimmenanteil und Mandatsanteil erhebliche Ausmaße annehmen können und daraus abgeleitete Interpretationen, je nachdem, welche Werte herangezogen werden, völlig verschiedene Bilder zu den Kräfteverhältnissen auf Gemeindeebene zeichnen lassen. So wird ersichtlich, dass für die ÖVP der Anteil an den zu vergebenden Mandaten in allen Gemeinden und in allen Wahlgängen seit 1949 deutlich über ihrem landesweiten Stimmenanteil lag. Die ÖVP war – durch diese Brille betrachtet – in allen Gemeindewahlen seit 1949 immer und uneingeschränkt die Nummer Eins. Lediglich in zwei von 15 Wahlgängen, 1994 und 1999, erlangte sie mit jeweils rund 49 Prozent der Mandate „nur“ die relative Mehrheit an den zu vergebenden Sitzen. Die Mandatsanteile der ÖVP in den 119 Salzburger

desland Salzburg 265.898 gültige Stimmen bei 434.261 Wahlberechtigten. Die ÖVP erhielt in allen Gemeinden zusammengerechnet insgesamt 126.355 Stimmen. Stellt man die gesamten ÖVP-Stimmen den gültig abgegebenen Stimmen gegenüber, ergibt sich für die ÖVP daraus ein landesweiter Anteil von 47,5 Prozent. Diese Rechnung verleiht jedoch den (wenigen) größeren Gemeinden im Land und insbesondere der Landeshauptstadt mit einem Drittel der Bevölkerung zu großes Gewicht und berücksichtigt nicht, dass die meisten Gemeinden klein sind. Letztere werden überwiegend von der ÖVP beherrscht. Berechnet man daher den durchschnittlichen Stimmenanteil der ÖVP in allen 119 Gemeinden, erhält man einen Wert von 54 Prozent, was den tatsächlichen Kräfteverhältnissen in den Salzburger Gemeinden viel näherkommt.

34 So wie Fallend das bei seiner Analyse der Salzburger Gemeindewahlen vorschlug: Fallend, Salzburg, S. 116 (s. Fn. 22).

35 Gemäß Salzburger Gemeindeordnung (§ 22 Abs. 2 GdO 2019) besteht die Gemeindevertretung „in Gemeinden bis zu 800 Einwohnern aus 9, von 801 bis zu 1.500 Einwohnern aus 13, von 1.501 bis zu 2.500 Einwohnern aus 17, von 2.501 bis zu 3.500 Einwohnern aus 19, von 3.501 bis zu 5.000 Einwohnern aus 21 und von mehr als 5.000 Einwohnern aus 25 Mitgliedern“ bzw. MandatarInnen.